



# Die Berücksichtigung von Stellungnahmen zu Vernehmlassungen durch Bundesrat und Parlament

**Thomas Sägesser** | Anhand von 14 Bundesgesetzen, welche die Bundesversammlung zwischen dem 1. Januar 2006 bis zum Schluss der Frühlingssession 2007 verabschiedete, wurde untersucht, wie Bundesrat und Parlament die von den ständigen Vernehmlassungsadressaten in ihren Stellungnahmen im Rahmen von Vernehmlassungen vorgebrachten Anliegen berücksichtigt haben.

## Inhaltsübersicht

- 1 Einleitung
- 2 Gegenstand und Vorgehen
- 3 Zusammenfassung der Ergebnisse
- 4 Übersicht über die einzelnen untersuchten Erlasse

### 1 Einleitung

Ein Hauptzweck des Vernehmlassungsverfahrens ist die Beteiligung der Kantone, der politischen Parteien und der interessierten Kreise an der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung des Bundes. Dadurch gibt ein Vernehmlassungsverfahren Anhaltspunkte zur Interessenlage, unterwirft den Vorentwurf einem ersten Machbarkeitstest und ermöglicht den Kantonen, den politischen Parteien und den weiteren interessierten Kreisen, ihre Anliegen, Bedürfnisse sowie ihr Fachwissen frühzeitig einzubringen zu können (Art. 2 VLG<sup>1</sup>; vgl. Sägesser 2006, 28 f., Rz. 14 f.). Eine Berücksichtigung von Interessen ist deshalb nötig, weil die Möglichkeit eines späteren Referendums eine breite Abstützung von Vorhaben des Bundes und den vorgängigen Einbezug referendumsmächtiger Verbände erfordert.

Durch eine rein formale Kenntnisnahme der eingegangenen Stellungnahmen – üblicherweise durch deren Auflistung im Ergebnisbericht zu einer Vernehmlassung – kann der Zweck eines Vernehmlassungsverfahrens nur ungenügend erfüllt werden: Die Beteiligung an der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung des Bundes setzt voraus, dass die zuständigen Behörden mindestens insoweit auf den Inhalt der Stellungnahmen eingehen, als es sich um Hinweise auf die sachliche Richtigkeit, die Vollzugstauglichkeit und die Akzeptanz eines Vorhabens handelt. Artikel 8 VLG verpflichtet daher auch zu einer Gewichtung und Auswertung der Stellungnahmen. Darunter ist eine inhaltliche Würdigung der Stellungnahmen nach materiellen





Kriterien zu verstehen. Der Gesetzgeber will dadurch sicherstellen, dass die Behandlung der Stellungnahmen nicht zur behördlichen Additionsübung verkommt (Sägesser 2006, 110, Rz. 14 f.).

Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme vom 27. April 1998 zum Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates (GPK-S) über den Vollzug von Bundespolitiken festgehalten, dass Gewichtung und Auswertung von Stellungnahmen eine politische Beurteilung darstellen und der zuständigen Behörde ein entsprechender Ermessensspielraum zusteht (BBl 1998 IV 3787, hier 3792). Die Frage, ob und welche Anliegen in die Vorlage aufgenommen werden sollen, ist deshalb zuerst einmal Gegenstand eines verwaltungsinternen und nicht öffentlichen Verfahrens: Das mit der Durchführung der Vernehmlassung betraute Departement hat die Ergebnisse auszuwerten und dem Bundesrat entsprechend Antrag zu stellen (Art. 6 Abs. 1 VVG, Art. 18 Abs. 1 VIV<sup>2</sup>). Transparenz wird indessen insoweit hergestellt, als der Bundesrat verpflichtet ist, in seinen Botschaften an die Bundesversammlung die im vorparlamentarischen Verfahren diskutierten Standpunkte und Alternativen sowie seine Haltung dazu darzulegen (Art. 141 Abs. 2 Bst. c ParlG; vgl. auch BBl 2001 3467, hier 3593). Vergleichbar ist das Verfahren, wenn die Vernehmlassung durch eine parlamentarische Kommission eröffnet wurde: Die interne Auswertung erfolgt durch das Kommissionssekretariat. Im Bericht der Kommission zuhanden der Bundesversammlung wird Transparenz über die Vernehmlassungsergebnisse hergestellt.

## 2 Gegenstand und Vorgehen

Die vorliegende Zusammenstellung untersucht die Berücksichtigung von Stellungnahmen, die im Rahmen von Vernehmlassungen zu Gesetzesvorhaben eingereicht wurden. Berücksichtigt wurden 14 von den eidgenössischen Räten während des Zeitraumes vom 1. Januar 2006 bis zum Ende der Frühlingssession 2007 (23. März) verabschiedete Bundesgesetze. Der Gegenstand der Untersuchung wurde auf Bundesgesetze begrenzt, weil zu ihnen in aller Regel ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt wird (Art. 3 Abs. 1 Bst. b VVG) und sie dem fakultativen Referendum unterliegen (Art. 141 Abs. 1 Bst. a BV). Unberücksichtigt blieben die im selben Zeitraum verabschiedeten neuen Bundesgesetze über einen Investitionsbeitrag an das Verkehrshaus der Schweiz und über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas, da zu ihnen keine Vernehmlassung stattfand.<sup>3</sup> Aus praktischen Gründen wurden sodann nur neue oder totalrevidierte Erlasse, nicht hingegen blosse

Änderungserlasse berücksichtigt. Eine Ausnahme bildet der Einbezug der Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung, da die weitreichenden Änderungen zu einem Referendum geführt hatten. Angesichts der Begrenzung von Zeitspanne und Gegenstand sind die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung nur bedingt repräsentativ und erheben keinen Anspruch auf statistische Vollständigkeit. Sie stellen aber gleichwohl eine interessante Zwischenbilanz dar.

*Tabelle 1: Untersuchte Erlasse und Sachbereiche gemäss Systematischem Register des Landesrechts*

| <b>Sachbereich</b>                                   | <b>Bundesgesetz</b>  |
|--|--|
| <i>Staat – Volk – Behörden</i>                       | <i>Bundesgesetz vom 20. Dezember 2006 über die Pensionskasse des Bundes (PUBLICA-Gesetz; SR 172.222.1).</i>  |
| <i>Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug</i> | <i>Bundesgesetz vom 23. März 2007 über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Opferhilfegesetz, OHG; Referendumsvorlage in BBl 2007 2299).</i>   |
| <i>Schule – Wissenschaft – Kultur</i>                | <i>Bundesgesetz vom 23. Juni 2006 über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister (Registerharmonisierungsgesetz, RHG; SR 431.02).</i>  |
| <i>Finanzen</i>                                      | <i>Bundesgesetz vom 6. Oktober 2006 über die Biersteuer (Biersteuergesetz, BStG; SR 641.411).</i>  |
| <i>Öffentliche Werke – Energie – Verkehr</i>         | <i>Bundesgesetz vom 24. März 2006 über Radio und Fernsehen (RTVG; SR 784.40).</i>  |
|  | <i>Bundesgesetz vom 23. Juni 2006 über Seilbahnen zur Personenbeförderung (Seilbahngesetz, SebG; SR 743.01).</i>   |
|  | <i>Bundesgesetz vom 6. Oktober 2006 über den Infrastrukturfonds für den Agglomerationsverkehr, das Nationalstrassennetz sowie Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen (Infrastrukturfondsgesetz, IFG; Referendumsvorlage in BBl 2006 8433).</i> |
|  | <i>Bundesgesetz vom 23. März 2007 über die Stromversorgung (Stromversorgungsgesetz, StromVG; SR 734.7).</i>  |



|   |   |
|---|---|
| <i>Gesundheit – Arbeit – Soziale Sicherheit</i> | <i>Bundesgesetz vom 24. März 2006 über die Familienzulagen (Familienzulagengesetz, FamZG; Referendumsvorlage in BBl 2006 3515).</i>                         |
|   | <i>Bundesgesetz vom 23. Juni 2006 über die universitären Medizinalberufe (Medizinalberufegesetz, MedBG; SR 811.11).</i>                                     |
|   | <i>Bundesgesetz vom 19. Juni 1959 über die Invalidenversicherung (IVG), Änderung vom 6. Oktober 2006 (Referendumsvorlage in BBl 2006 8313).<sup>4</sup></i> |
| <i>Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit</i>   | <i>Bundesgesetz vom 23. Juni 2006 über die kollektiven Kapitalanlagen (Kollektivanlagengesetz, KAG; SR 951.31).</i>   |
|   | <i>Bundesgesetz vom 6. Oktober 2006 über Regionalpolitik (SR 901.0).</i>  |
|   | <i>Bundesgesetz vom 6. Oktober 2006 über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgerschaftsorganisationen (SR 951.25).</i>                                |

Die Frage, ob die im Rahmen einer Vernehmlassung vorgebrachten Anliegen Berücksichtigung fanden, kann nur durch Vergleiche beantwortet werden: In einem ersten Schritt wurde die Vernehmlassungsvorlage mit der Botschaft des Bundesrates an die eidgenössischen Räte verglichen. Sodann wurde in einem zweiten Schritt ein Vergleich zwischen Botschaft und im Bundesblatt veröffentlichter Referendumsvorlage vorgenommen: Aus den Vergleichen wurde ersichtlich, in welchen Punkten der Bundesrat von der Vernehmlassungsvorlage und das Parlament von der bundesrätlichen Vorlage resp. dem Bericht der Kommission abgewichen sind. Dabei wurde der Fokus einerseits auf die Stellungnahme der sogenannten ständigen Vernehmlassungsadressaten – Kantone, in der Bundesversammlung vertretene Parteien, gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte, Berggebiete und der Wirtschaft (Art. 4 Abs. 2 VIg; vgl. Sägesser 2006, 67, Rz. 55, 70, Rz. 65, 71, Rz. 70) – gerichtet,<sup>5</sup> sowie andererseits auf inhaltliche Anliegen beschränkt. Systematische oder redaktionelle Vorschläge blieben ebenso unberücksichtigt wie zustimmende Stellungnahmen, die zu keiner Überarbeitung der Vernehmlassungsvorlage im Sinne der Stellungnahmen Anlass gaben.

Inwieweit die im Rahmen einer Vernehmlassung geäußerten Anliegen Berücksichtigung fanden, wurde auf einer Skala von 0–10 festgehalten, wobei 0 bedeutet, dass keine, und 10, dass eine vollständige Berücksichtigung





erfolgte. Bei divergierenden Stellungnahmen wird oft im Sinne eines möglichen Kompromisses eine teilweise Berücksichtigung verschiedener Anliegen versucht. Eine zweite Gewichtung wurde nach den Absendern der Stellungnahme vorgenommen (vgl. Einleitung zu Ziff. 4). Aus der Kombination von Gewichtung und Berücksichtigung einzelner Anliegen wurde für die jeweilige Vorlage eine Berücksichtigungsquote berechnet. Diese gibt die allgemeine Berücksichtigung im Wert von 0–10 für die gesamte Vorlage an.

Ergebnisberichte zu Vernehmlassungen, Botschaften des Bundesrates, Berichte parlamentarischer Kommissionen und das Amtliche Bulletin von National- und Ständerat gaben nicht in jedem Fall genügend Anhaltspunkte zur Prüfung der Berücksichtigung der Anliegen. Es wurde daher auch auf Anträge an den Bundesrat oder auf Protokolle parlamentarischer Kommissionen zurückgegriffen.

### **3 Zusammenfassung der Ergebnisse**

Im Vergleich zur Vernehmlassungsvorlage erfuhren alle untersuchten Erlassentwürfe in erster Linie durch den Bundesrat, aber auch im Laufe des parlamentarischen Verfahrens Änderungen. In den meisten Fällen waren diese Änderungen gewichtig, und vereinzelt wurden Erlasse nahezu neu redigiert, wie bspw. beim Kollektivanlagegesetz und beim Medizinalberufegesetz. Der Einfluss eines Vernehmlassungsverfahrens kann daher grundsätzlich als erheblich bezeichnet werden. Umgekehrt wird deutlich, dass Vernehmlassungsentwürfe in den wenigsten Fällen bereits so ausgestaltet waren, dass sie unter den Aspekten der sachlichen Richtigkeit, der Vollzugstauglichkeit und der Akzeptanz zu keinen Stellungnahmen mehr Anlass gegeben hätten.

#### **3.1 Berücksichtigung durch den Bundesrat oder durch parlamentarische Kommissionen**

Der Bundesrat war bei allen Vorhaben (Ausnahme PUBLICA-Gesetz) bereit, Stellungnahmen zu berücksichtigen und seinen Erlassentwurf an das Parlament mitunter auch in zentralen Punkten gegenüber der Vernehmlassungsvorlage abzuändern. Erhebliche Bedeutung kommt daher dem vom zuständigen Departement auszuarbeitenden Ergebnisbericht und dem Antrag an den Bundesrat zu, der eine Gewichtung und inhaltliche Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen vornimmt. Dem Bundesrat soll eine aussagekräftige Grundlage vorliegen, aufgrund der er über die Berücksichtigung von Stellungnahmen und das weitere Vorgehen sachgerecht sowie

in Kenntnis der wesentlichen Punkte befinden kann (Sägesser 2006, 110, Rz. 16). An die Ausfertigung der entsprechenden Unterlagen sind daher hohe Ansprüche zu stellen.

Die Vernehmlassungen zum Familienzulagengesetz und zum Bundesgesetz über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen wurden nicht vom Bundesrat, sondern von parlamentarischen Kommissionen eröffnet. Beim erstgenannten Erlass wurden Fragen des Vorgehens (Zusammenhang mit anderer Vorlage resp. mit der Mutterschaftsversicherung) oder formale Anliegen (Rahmengesetzgebung) durchaus berücksichtigt. Materielle Änderungsvorschläge dagegen wurden eher zurückhaltend übernommen. Im Vergleich zu den anderen Vorlagen fanden die Stellungnahmen der ständigen Vernehmlassungsteilnehmer beim zweitgenannten Erlass eine sehr geringe Berücksichtigung.

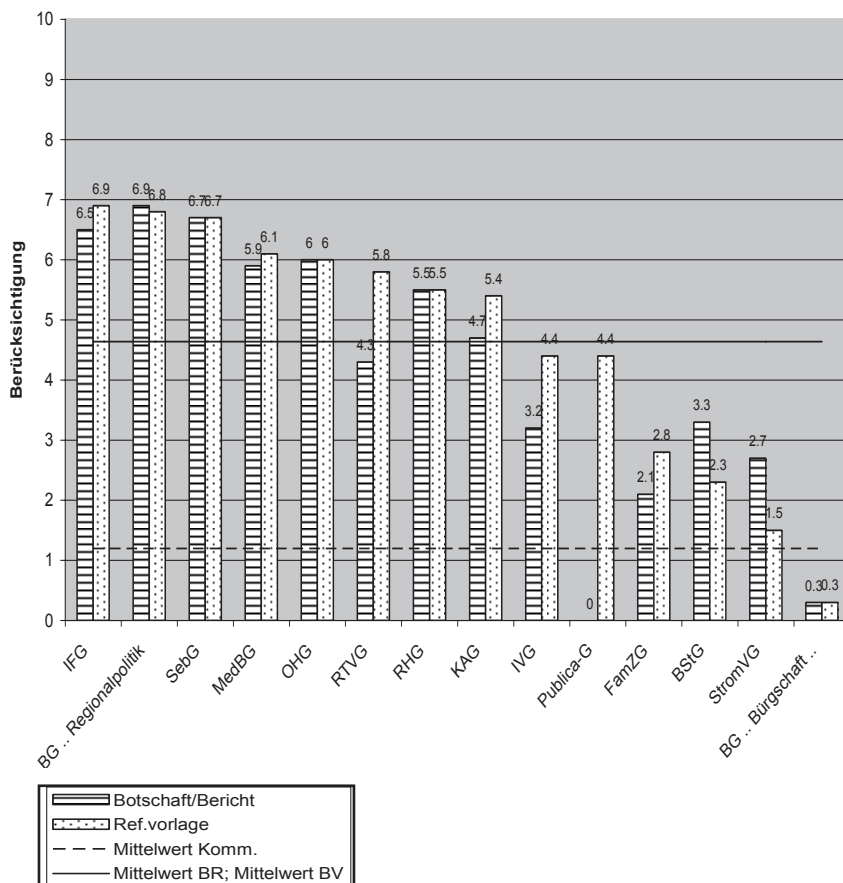
### 3.2 Berücksichtigung durch das Parlament

Bei vier Erlassen (Registerharmonisierungsgesetz, Seilbahngesetz, Bundesgesetz über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen, Opferhilfegesetz) nahm das Parlament gegenüber der Botschaft des Bundesrates resp. dem Kommissionsbericht keine Anpassungen vor, die zu einer Änderungen der Gesamtquote über die Berücksichtigung geführt hätten. Weder wurden völlig neue Gesichtspunkte aufgegriffen, noch wurden Anliegen aufgenommen, die bisher kaum oder gar nicht Berücksichtigung gefunden hätten. Bundesrat und Bundesverwaltung ist es in diesen Fällen somit gelungen, dem Parlament Vorlagen zu unterbreiten, die einen möglichst optimalen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen darstellen und daher prinzipiell mehrheitsfähig sind (Sägesser 2006, 36 f., Rz. 43). In sieben Fällen (Bundesgesetz über Radio und Fernsehen, Familienzulagengesetz, Kollektivanlagengesetz, Medizinalberufegesetz, Bundesgesetz über die Invalidenversicherung, Infrastrukturfondsgesetz, PUBLICA-Gesetz) wurde die Vorlage in wesentlichen Einzelpunkten zugunsten von bislang unberücksichtigt gebliebenen Anliegen abgeändert. Besonders ausgeprägt zeigt sich das beim PUBLICA-Gesetz: Die Anliegen der Kassenkommission und der Sozialpartner wurden im Parlament in vier von sieben Punkten aufgenommen. In drei Fällen (Bundesgesetz über die Regionalpolitik, Biersteuergesetz, Stromversorgungsgesetz) nahm das Parlament Änderungen vor, die dazu führten, dass bisher berücksichtigte Anliegen keine oder eine wesentlich weniger weitgehende Berücksichtigung fanden. Das war bspw. bei der Frage der Freigabe von Alkoholwerbung im Rahmen des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen oder bei der sogenannten Trennlinie, welche die Etappen

der Strommarktöffnung festsetzt, im Rahmen des Stromversorgungsgesetzes der Fall.

Gesamthaft finden die im Rahmen einer Vernehmlassung vorgebrachten Anliegen mit je 4,6 im Parlament eine gleich gute Berücksichtigung wie durch den Bundesrat, wohingegen die Berücksichtigung durch die mit der Durchführung einer Vernehmlassung betrauten parlamentarischen Kommissionen mit 1,2 deutlich tiefer liegt. Das Parlament erweist sich grundsätzlich als veränderungsbereit, wobei allerdings auffällt, dass die Tendenz zur Abweichung von bundesrätlichen Vorlagen ausgeprägter ist, als wenn die Vorlage durch eine parlamentarische Kommission vorbereitet wurde. Die im Jahr 1966 von der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates in ihrem Bericht (BBl 1966 | 213, hier 220) aufgestellte und seither oft wiederholte These von der faktischen Bindung des Parlaments an im vorparlamentarischen Verfahren ausgehandelte Kompromisse ist daher mit Vorsicht zu betrachten.

Tabelle 2: Vergleich Berücksichtigung in Botschaft und Referendumsvorlage





### 3.3 Referendum

Ein Referendum wurde in zwei der untersuchten Fälle ergriffen. In den entsprechenden Volksabstimmungen vom 26. November 2006 (Familienzulagengesetz) und vom 17. Juni 2007 (Bundesgesetz über die Invalidenversicherung) blieben jedoch beide erfolglos. Die Durchführung eines Vernehmlassungsverfahrens sowie eine möglichst ausgewogene Berücksichtigung verschiedener Interessen bieten somit nicht Gewähr, dass kein Referendum ergriffen wird, wie die Vorlage über das Bundesgesetz über die Invalidenversicherung zeigt, die relativ austariert schien. Bei der Vorlage über das Familienzulagengesetz zeigte sich demgegenüber bereits früh, dass widerstrebende Anliegen bestanden, die nicht miteinander in Einklang gebracht werden konnten. Schon Klöti (1987, 9) hat darauf hingewiesen, dass gewisse zentrale Fragen zwischen den wesentlichen politischen und gesellschaftlichen Kräften mitunter nicht verhandelbar sind. Die Funktion eines Vernehmlassungsverfahrens besteht in diesen Fällen darin, die vorhandenen Interessengegensätze aufzuzeigen.

### 4 Übersicht über die einzelnen untersuchten Erlasse

Die untersuchten Erlasse werden im Folgenden je einzeln dargestellt. Einer kurzen Einleitung folgt eine tabellarische Darstellung: In Spalte 1 der Tabelle werden die wichtigsten Inhalte in den Stellungnahmen ständiger Vernehmlassungsadressaten gekürzt wiedergegeben, so wie sie als Grundlage zur Prüfung der Berücksichtigung durch Bundesrat und Bundesversammlung für die vorliegende Untersuchung Verwendung fanden. Spalte 2 hält fest, von wem das Anliegen vorgebracht wurde. Aus Spalte 3 ist die Gewichtung der Absender ersichtlich: Die vier Regierungsparteien sowie die gesamtschweizerischen Dachverbände der Gemeinden, Städte, Berggebiete und der Wirtschaft erhielten je zwei Punkte. Die einzelnen Kantone wurden – ihrer Anzahl wegen – mit einem Punkt gewichtet, ebenso die übrigen in der Bundesversammlung vertretenen Parteien, um sie von den Bundesratsparteien zu unterscheiden. Spalte 4 hält fest, inwiefern die Stellungnahmen in der Vernehmlassung in der Botschaft des Bundesrates (BR) resp. im Bericht der parlamentarischen Kommission (Komm) und im Laufe der Beratungen durch die Bundesversammlung (BV) Berücksichtigung fand (0 = überhaupt keine Berücksichtigung, 10 = vollständige Berücksichtigung). In Spalte 5 ist die Gewichtung multipliziert mit der Berücksichtigung für Bundesrat resp. parlamentarische Kommissionen und für die Bundesversammlung enthalten.





#### Abkürzungen:

Kt. steht für Kantone. Die Parteien sind mit ihrer Kurzbezeichnung wiedergegeben. Verbände: Econ.: economie suisse; KV: Kaufmännischer Verband Schweiz; SAV: Schweiz. Arbeitgeberverband; SBaV: Schweiz. Bauernverband; SBV: Schweiz. Bankiervereinigung; SGB: Schweiz. Gewerkschaftsbund; SGeV: Schweiz. Gewerbeverband; SGV: Schweiz. Gemeindeverband; SSV: Schweiz. Städteverband.

#### 4.1 Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG)

Der Bundesrat hat eine Vielzahl der Stellungnahmen materiell berücksichtigt, wenn auch nicht alle im selben Ausmass. Jene Punkte die in hohem Ausmass berücksichtigt wurden, blieben im Parlament unbestritten (bspw. Verzicht auf Sponsoringverbot oder Melde- statt Genehmigungspflicht für nicht konzessionierte Tätigkeiten). Mit einigen Ausnahmen (Reduzierung Empfangsgebühr und Verzicht auf SRG-Beirat) fanden Anliegen, die der Bundesrat nicht berücksichtigte (bspw. Frage der Werbung und des Sponsoring) auch kein Gehör im Parlament. Die Berücksichtigungsquote liegt für das Parlament um 1,5 höher als für den Bundesrat.

Tabelle 3

| Stellungnahme in der Vernehmlassung  | Absender                                      | Gewichtung (G) | Berücksichtigung (B) |    | GxB |     |
|--|---|----------------|----------------------|----|-----|-----|
|  |   |                | BR                   | BV | BR  | BV  |
| <i>Liberalere Regelung von Werbung und Sponsoring zugunsten von Privaten</i> | <i>6 Kt.; SVP, FDP, CVP; Econ.</i>            | 14             | 0                    | 0  | 0   | 0   |
| <i>Freigabe Alkoholverbung</i>   | <i>2 Kt.; SVP, FDP</i>                        | 6              | 5                    | 3  | 30  | 18  |
| <i>Freigabe politische Werbung</i>   | <i>2 Kt.; SVP, FDP, EVP; SGB</i>              | 9              | 2                    | 2  | 18  | 18  |
| <i>Verzicht auf Sponsoringverbot</i>   | <i>13 Kt.; FDP, CVP, SVP, LPS; Econ., SGB</i> | 24             | 10                   | 10 | 240 | 240 |
| <i>Verzicht auf Wahl gesamter SRG-Oberleitung durch BR</i>                   | <i>21 Kt.; SVP, SP, CVP, CSP, LPS</i>         | 29             | 7                    | 8  | 203 | 232 |



|   |  |    |    |    |     |     |
|---|--|----|----|----|-----|-----|
| <i>Verzicht auf Einschränkung der SRG bei Sparten- und Zielgruppenprogrammen</i>    | <i>7 Kt.; SVP, SP, EVP</i>                   | 12 | 0  | 10 | 0   | 120 |
| <i>Verzicht auf Einschränkung der SRG bei regionalen Programmen</i>                 | <i>15 Kt.; SP, SVP; SGB</i>                  | 21 | 0  | 0  | 0   | 0   |
| <i>SRG-Programmangebot beschränken</i>  | <i>SVP, FDP; Econ.</i>                       | 6  | 0  | 0  | 0   | 0   |
| <i>SRG-Programmangebot: Verbot einer Beschränkung</i>                               | <i>2 Kt.; CVP, SP</i>                        | 6  | 5  | 5  | 30  | 30  |
| <i>Verzicht auf Genehmigungspflicht für nicht konzessionierte Tätigkeiten</i>       | <i>3 Kt.; FDP</i>                            | 5  | 8  | 8  | 40  | 40  |
| <i>Meldepflicht für nicht konzessionierte Tätigkeiten</i>                           | <i>1 Kt.</i>                                 | 1  | 10 | 10 | 10  | 10  |
| <i>Reduzierung Empfangsgebühr</i>   | <i>SVP</i>                                   | 2  | 0  | 3  | 0   | 6   |
| <i>Subventionierung privater Radio- und Fernsehveranstalter (Gebührensplitting)</i> | <i>15 Kt.; CVP, SP, Grüne, EVP; SBaV</i>     | 23 | 10 | 10 | 230 | 230 |
| <i>Investitionshilfe an Private für neue Verbreitungstechnologien</i>               | <i>2 Kt.; FDP</i>                            | 4  | 0  | 8  | 0   | 32  |
| <i>Verzicht auf Machtkonzentration/ Zentralisation bei Kommission</i>               | <i>13 Kt.; CVP, SP, SVP, LPS; SGB, Econ.</i> | 24 | 8  | 8  | 192 | 192 |
| <i>Verzicht auf SRG-Beirat</i>  | <i>11 Kt.; CSP, LPS, FDP</i>                 | 15 | 0  | 10 | 0   | 150 |
| <i>Verzicht auf duales System (SRG, Private)</i>                                    | <i>8 Kt.; SBaV</i>                           | 10 | 0  | 0  | 0   | 0   |
| <i>Duales System stärker umsetzen</i>   | <i>SVP, CSP</i>                              | 3  | 0  | 0  | 0   | 0   |
| <i>Verzicht auf Überreglementierung</i>   | <i>13 Kt.; LPS, FDP, SP, SVP, CVP; Econ.</i> | 24 | 1  | 3  | 24  | 72  |





|   |                               |     |   |   |      |      |
|---|-------------------------------|-----|---|---|------|------|
| <i>Weniger Delegationsnormen</i>                                      | <i>6 Kt.; FDP, LPS, Grüne</i> | 10  | 5 | 4 | 50   | 40   |
| <i>Entwurf weniger zentralistisch ausgestalten, Regionen bedenken</i> | <i>20 Kt.; SVP, SGB</i>       | 24  | 6 | 8 | 144  | 192  |
| <i>Radio und Fernsehen deutlicher trennen</i>                         | <i>4 Kt.; SVP, Econ., SGB</i> | 10  | 0 | 0 | 0    | 0    |
|   |                               | 282 |   |   | 1211 | 1622 |
| <i>GxB/G</i>  |                               |     |   |   | 4,3  | 5,8  |

#### 4.2 Familienzulagengesetz (FamZG)

Im vorliegenden Fall war der Erlassentwurf von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) ausgearbeitet worden. In ihrem Bericht zuhanden der Bundesversammlung berücksichtigte sie mehrere der im Rahmen der Vernehmlassung vorgebrachten Anliegen nicht. Daran änderte die Behandlung der Vorlage durch National- und Ständerat grundsätzlich wenig. Bereits in der Schlussabstimmung im Nationalrat wurde ein Referendum angekündigt.

Tabelle 4

| Stellungnahme in der Vernehmlassung  | Absender                    | Gewichtung (G) | Berücksichtigung (B) |    | GxB  |    |
|--|-----------------------------|----------------|----------------------|----|------|----|
|  |                             |                | Komm                 | BV | Komm | BV |
| <i>Aufschub Vorlage (bis Reform NFA/ sozialer Bereich)</i>                         | <i>2 Kt.</i>                | 2              | 10                   | 10 | 20   | 20 |
| <i>Nur Rahmengesetz erlassen</i>   | <i>3 Kt.</i>                | 3              | 10                   | 10 | 30   | 30 |
| <i>Unterstützung auf Bedürftige begrenzen</i>                                      | <i>6 Kt.; SP, LPS</i>       | 9              | 0                    | 0  | 0    | 0  |
| <i>Prioritär: Mutterschaftsversicherung</i>  | <i>1 Kt.; CVP</i>           | 3              | 10                   | 10 | 30   | 30 |
| <i>Eine weitere Belastung durch Sozialabgaben wäre wirtschaftlich unerträglich</i> | <i>5 Kt.; FDP, SVP, CVP</i> | 11             | 0                    | 3  | 0    | 33 |



|   |                          |    |    |    |    |    |
|---|--------------------------|----|----|----|----|----|
| <i>Beibehaltung altes System</i>  | <i>6 Kt.; LPS</i>        | 7  | 0  | 0  | 0  | 0  |
| <i>Selbständigerwerbende und Nichterwerbstätige nicht einschliessen</i>   | <i>2 Kt.</i>             | 2  | 0  | 5  | 0  | 10 |
| <i>Weitergehenden Leistungen durch Kantone nicht als möglich vorsehen</i> | <i>13 Kt.; LPS; SGeV</i> | 17 | 0  | 0  | 0  | 0  |
| <i>Ansätze auf CH-Durchschnitt senken</i>                                 | <i>1 Kt.</i>             | 1  | 0  | 0  | 0  | 0  |
| <i>Verzicht auf Indexierung der Zulagen</i>                               | <i>6 Kt.</i>             | 6  | 2  | 3  | 12 | 18 |
| <i>Höhere Ausbildungszulagen</i>  | <i>SGB</i>               | 2  | 0  | 0  | 0  | 0  |
| <i>Verzicht auf Geburtszulagen und Adoptionszulagen</i>                   | <i>6 Kt.</i>             | 6  | 10 | 10 | 60 | 60 |
| <i>Durchführung nicht durch AHV-Organe</i>                                | <i>SGB</i>               | 2  | 0  | 0  | 0  | 0  |

|  |    |  |     |     |
|--|----|--|-----|-----|
|  | 71 |  | 152 | 201 |
|--|----|--|-----|-----|

|              |            |            |
|--------------|------------|------------|
| <i>GxB/G</i> | <b>2,1</b> | <b>2,8</b> |
|--------------|------------|------------|

### 4.3 Kollektivanlagengesetz (KAG)

Die Vernehmlassung zeigte, dass insbesondere zwei Anliegen bestanden: Das sogenannte «Naming and Shaming» bei Verstössen gegen das KAG wurde abgelehnt. Eine Mindestzahl von Anlegern sollte zudem zur Vermeidung von Steuerumgehungen festgelegt werden. Der Bundesrat berücksichtigte das erste Anliegen und verwies für das zweite auf die Regelung im Rahmen der Ausführungsverordnung. Das Parlament folgte dem und nahm zusätzlich weitere Änderung zugunsten von im Rahmen der Vernehmlassung geäusserten Anliegen vor (bspw. Definition der Anleger, Etikettierungspflicht, Kotierungspflicht für Investmentgesellschaft).



Tabelle 5

| Stellungnahme in der Vernehmlassung  | Absender                | Gewichtung (G) | Berücksichtigung (B) |    | GxB |    |
|--|-------------------------|----------------|----------------------|----|-----|----|
|  |                         |                | BR                   | BV | BR  | BV |
| «Qualifizierter Anleger» im Gesetz definieren; Einzelheiten in Verordnung (bspw. «high net wort individual») | FDP, CVP;<br>Econ., SBV | 8              | 10                   | 10 | 80  | 80 |
| Auch Anlageberaterskunden als qualifizierte Anleger definieren   | SBV                     | 2              | 0                    | 10 | 0   | 20 |
| Zulässigkeit des Ein-Anleger-Fonds ins Gesetz  | FDP                     | 2              | 0                    | 0  | 0   | 0  |
| Kapitalanlagen, die nur qualifizierten Anlegern offen stehen, nicht bewilligungspflichtig erklären           | FDP, CVP                | 4              | 0                    | 0  | 0   | 0  |
| Für Kapitalanlagen nur z.T. eine Bewilligung anfordern   | SP                      | 2              | 5                    | 5  | 10  | 10 |
| Geltungsbereichs für CH-Anbieter im Auslandsvertrieb enger fassen  | SVP; SBV                | 4              | 0                    | 0  | 0   | 0  |
| «Öffentliche Werbung» als Definitionsmerkmal der kollektiven Kapitalanlage ins Gesetz                        | FDP; Econ.,<br>SBV      | 6              | 10                   | 10 | 60  | 60 |
| Etikettierungspflicht für nicht strukturierte, fondsähnliche Produkte streichen                              | SBV                     | 2              | 0                    | 10 | 0   | 20 |
| Einführung der besonderen Kommanditgesellschaft über OR-Revision   | Econ.                   | 2              | 0                    | 0  | 0   | 0  |
| «Risikokapital» durch «private equity» ersetzen  | FDP; SBV                | 4              | 0                    | 0  | 0   | 0  |



|  |               |   |   |    |    |    |
|--|---------------|---|---|----|----|----|
| Verzicht auf Höchstdauer von zwölf Jahren (keine/länger)   | FDP; SBV      | 4 | 0 | 10 | 0  | 40 |
| Öffnung der besonderen Kommanditgesellschaft für jede Art der Finanzierung                                 | FDP; SBV      | 4 | 0 | 0  | 0  | 0  |
| Verzicht auf zwingende Kotierungspflicht der Investmentgesellschaft  | SBV           | 2 | 0 | 10 | 0  | 20 |
| Verzicht auf Verbot der Delegation von Anlageentscheiden an die Depotbank                                  | FDP; SBV      | 4 | 5 | 5  | 20 | 20 |
| Weniger Regelungskompetenz für Verordnungsgeber  | FDP, SVP; SBV | 6 | 8 | 8  | 48 | 48 |
| Regulierungsdichte senken  | 1 Kt.; SVP    | 3 | 3 | 3  | 9  | 9  |
| Selbstregulierungskompetenz ins Gesetz aufnehmen   | SVP; Econ.    | 4 | 0 | 0  | 0  | 0  |
| Im Ausland bewilligte Produkte in der Schweiz von Bewilligung befreien                                     | FDP           | 2 | 0 | 4  | 0  | 8  |
| Effiziente, rasche Bewilligungsverfahren mit kurzen Fristen  | FDP; Econ.    | 4 | 0 | 0  | 0  | 0  |
| Bewilligungsverfahren analog Kartellgesetz und für Routinegeschäfte (weit) vereinfachte Verfahren vorsehen | SBV           | 2 | 0 | 0  | 0  | 0  |
| Elektronische Publikation als genügend für Erfüllung Publikationspflicht normieren                         | Econ.         | 2 | 0 | 0  | 0  | 0  |
| Steuerliche Gleichstellung auch bzgl. Mehrwertsteuer und Stempelabgabe                                     | FDP           | 2 | 0 | 0  | 0  | 0  |





|   |                      |    |    |    |     |     |
|---|----------------------|----|----|----|-----|-----|
| <i>Hinweis in Botschaft: Kapitalgewinn von Privatanlegern ist steuerfrei</i>                                    | 9 Kt.                | 9  | 10 | 10 | 90  | 90  |
| <i>Hinweis in Botschaft: Wertschriftenhändler sind keine Anleger in Anlagefonds</i>                             | 9 Kt.                | 9  | 10 | 10 | 90  | 90  |
| <i>Kollektive Kapitalanlage, wenn juristische Person, von Bestimmungen von Gewinn und Kapital ausschliessen</i> | 9 Kt.                | 9  | 0  | 0  | 0   | 0   |
| <i>Festlegung Mindestzahl Anleger (zur Verhinderung von Steuerumgehungen)</i>                                   | 11 Kt.               | 11 | 8  | 8  | 88  | 88  |
| <i>Beibehaltung des Status quo bezüglich Verrechnungssteuer</i>   | 2 Kt.; SP            | 4  | 0  | 0  | 0   | 0   |
| <i>Keine Verrechnungssteuer erheben</i>   | 2 Kt.; FDP, SVP; SBV | 8  | 0  | 0  | 0   | 0   |
| <i>Bisherige Sonderbestimmungen für Immobilienfonds beibehalten</i>   | SBV                  | 2  | 0  | 0  | 0   | 0   |
| <i>Investmentgesellschaft: Wahlrecht betreffend Besteuerung (als AG/vertraglichen Fonds)</i>                    | 8 Kt.                | 8  | 8  | 8  | 64  | 64  |
| <i>Steuerliche Vorschläge ablehnen, da zu grosse Ausfälle damit verbunden sind</i>                              | 1 Kt.; SP            | 3  | 10 | 10 | 30  | 30  |
| <i>Kein «Naming and Shaming»</i>  | 6 Kt.; FDP, SVP; SBV | 12 | 10 | 10 | 120 | 120 |

|  |     |  |     |     |
|--|-----|--|-----|-----|
|  | 150 |  | 709 | 817 |
|--|-----|--|-----|-----|

|       |  |            |            |
|-------|--|------------|------------|
| GxB/G |  | <b>4,7</b> | <b>5,4</b> |
|-------|--|------------|------------|

**SÄGESSER: STELLUNGNAHMEN ZU VERNEHMLASSUNGEN 499**



#### 4.4 Medizinalberufegesetz (MedBG)

Die Vernehmlassung führte zu einer Vielzahl von Anliegen, welche die ständigen Adressaten im Rahmen ihrer Stellungnahmen vorbrachten. Bei der Berücksichtigung der entsprechenden Interessen liegen die Botschaft des Bundesrates und die Referendumsvorlage der Bundesversammlung nahe beieinander. Das Parlament hat sich grösstenteils den Erwägungen des Bundesrates angeschlossen.

Tabelle 6

| Stellungnahme in der Vernehmlassung   | Absender        | Gewichtung (G) | Berücksichtigung (B) |    | GxB |    |
|---|-----------------|----------------|----------------------|----|-----|----|
|   |                 |                | BR                   | BV | BR  | BV |
| <i>MedBG nicht erlassen, da nicht verfassungskonform</i>  | 4 Kt.           | 4              | 0                    | 0  | 0   | 0  |
| <i>Die Einzelteile müssen als Ganzes beurteilt werden können (später zweite Vernehmlassung)</i>         | 5 Kt.           | 5              | 10                   | 10 | 50  | 50 |
| <i>Koordination mit Universitätsförderungsgesetz notwendig</i>  | 2 Kt.           | 2              | 10                   | 10 | 20  | 20 |
| <i>Verfassungsmässigkeit allgemein prüfen (Kompetenzen)</i>   | 6 Kt.           | 6              | 7                    | 7  | 42  | 42 |
| <i>Verfassungsmässigkeit bzgl. der Ausbildungsziele und -inhalte prüfen</i>                             | 5 Kt.           | 5              | 5                    | 5  | 25  | 25 |
| <i>Verfassungsmässigkeit bzgl. Akkreditierung: Parallele Kompetenz von Bund und Kantonen festhalten</i> | 1 Kt.           | 1              | 10                   | 10 | 10  | 10 |
| <i>Regelungsdichte senken</i>   | 3 Kt.           | 3              | 0                    | 0  | 0   | 0  |
| <i>Stärkere Betonung wissenschaftlicher Grundlagen</i>  | 4 Kt.; LPS, FDP | 7              | 0                    | 0  | 0   | 0  |





|   |            |   |    |    |    |    |
|---|------------|---|----|----|----|----|
| <i>(Genauere) Kostenabschätzungen</i>   | 5 Kt.      | 5 | 3  | 3  | 15 | 15 |
| <i>Kostenneutrale Lösung entwickeln</i>   | 1 Kt.      | 1 | 0  | 0  | 0  | 0  |
| <i>Kosten nicht zu Lasten Universitäten</i>   | 1 Kt.      | 1 | 8  | 8  | 8  | 8  |
| <i>Kostentragung durch Bund und Kantone mit medizinischer Fakultät an Universität</i> | 1 Kt.      | 1 | 10 | 10 | 10 | 10 |
| <i>Ausbildungsziele streichen</i>   | 1 Kt.      | 1 | 0  | 0  | 0  | 0  |
| <i>Verstärkung der gemeinsamen Ausbildungsziele (Ethik, Recht usw.)</i>               | 2 Kt.; FDP | 4 | 0  | 0  | 0  | 0  |
| <i>Ausbildungsziele nur generell regeln (weniger präzise)</i>                         | 2 Kt.      | 2 | 0  | 0  | 0  | 0  |
| <i>Regelungen präziser (Ausbildungsziele)</i>   | 3 Kt.      | 3 | 3  | 3  | 9  | 9  |
| <i>Verzicht auf Delegation der Ausbildungsziele an Institutionen</i>                  | 1 Kt.      | 1 | 0  | 0  | 0  | 0  |
| <i>Akkreditierung auch für Weiterbildung (Mobilitätsförderung)</i>                    | 1 Kt.      | 1 | 10 | 10 | 10 | 10 |
| <i>Beibehaltung eidgenössische Zwischenprüfung</i>                                    | 2 Kt.; FDP | 4 | 0  | 3  | 0  | 12 |
| <i>Chiropraktik nicht ins MedBG aufnehmen</i>   | 1 Kt.      | 1 | 0  | 0  | 0  | 0  |
| <i>Psychotherapie regeln (MedBG oder separat)</i>                                     | 2 Kt.; SP  | 4 | 10 | 10 | 40 | 40 |
| <i>Beruf «Leiter med. Labor» einführen</i>  | 1 Kt.      | 1 | 0  | 0  | 0  | 0  |
| <i>Nur Minimalanforderungen für Zulassung durch Bund</i>                              | 1 Kt.      | 1 | 10 | 10 | 10 | 10 |





|   |                  |           |           |           |            |            |
|---|------------------|-----------|-----------|-----------|------------|------------|
| <i>Verzicht auf Vereinheitlichung der Zulassung auf Bundesebene</i>   | <i>4 Kt.</i>     | <i>4</i>  | <i>10</i> | <i>10</i> | <i>40</i>  | <i>40</i>  |
| <i>Weiterbildungsobligatorium für alle Medizinalberufe</i>  | <i>6 Kt.; SP</i> | <i>8</i>  | <i>8</i>  | <i>8</i>  | <i>64</i>  | <i>64</i>  |
| <i>Bessere Abstimmung mit dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung bezüglich Anerkennung/Wirkung von Diplomen</i>                  | <i>3 Kt.</i>     | <i>3</i>  | <i>0</i>  | <i>0</i>  | <i>0</i>   | <i>0</i>   |
| <i>Kompetenz für eidg. Diplome wie folgt normieren: Fachliche Anforderungen kann Bund aufstellen, weitere Anforderungen die Kantone</i> | <i>2 Kt.</i>     | <i>2</i>  | <i>4</i>  | <i>4</i>  | <i>8</i>   | <i>8</i>   |
| <i>Grundausbildungsabsolventen nicht nur unter Leitung zur Beraufsausübung zulassen</i>   | <i>1 Kt.</i>     | <i>1</i>  | <i>7</i>  | <i>7</i>  | <i>7</i>   | <i>7</i>   |
| <i>Grundausbildungsabsolventen: Weitere Formulierung der Zulassung zur Berufsausübung (aber nur unter Leitung)</i>                      | <i>2 Kt.</i>     | <i>2</i>  | <i>10</i> | <i>10</i> | <i>20</i>  | <i>20</i>  |
| <i>Integration der Akkreditierungsinstitution im Rahmen des Universitätsförderungsgesetzes</i>  | <i>8 Kt.</i>     | <i>8</i>  | <i>10</i> | <i>10</i> | <i>80</i>  | <i>80</i>  |
| <i>Verzicht auf neue Akkreditierungsinstitution, ad-hoc schaffen</i>  | <i>LPS</i>       | <i>1</i>  | <i>9</i>  | <i>9</i>  | <i>9</i>   | <i>9</i>   |
| <i>Akkreditierungsinstitutionen weniger Macht und Aufgaben zusprechen</i>   | <i>17 Kt.</i>    | <i>17</i> | <i>7</i>  | <i>8</i>  | <i>119</i> | <i>136</i> |





|   |                  |    |    |    |     |     |
|---|------------------|----|----|----|-----|-----|
| <i>Institutionszuständigkeiten klarer festlegen</i>   | 1 Kt.; FDP       | 3  | 8  | 8  | 24  | 24  |
| <i>Bessere Beteiligung Universitäten in Institutionsrat normieren</i>   | 1 Kt.            | 1  | 5  | 5  | 5   | 5   |
| <i>Finanzierbarkeit besser planen</i>   | 2 Kt.            | 2  | 9  | 9  | 18  | 18  |
| <i>Selbständige Berufsausübung regeln</i>   | 10 Kt.           | 10 | 10 | 10 | 100 | 100 |
| <i>Medizinstudienreform abwarten und MedBG damit kombinieren</i>  | 1 Kt.            | 1  | 0  | 0  | 0   | 0   |
| <i>Die Benachteiligung von Schweizern verhindern (keine strengeren Regelungen als EU)</i>                                     | 2 Kt.; LPS       | 3  | 0  | 0  | 0   | 0   |
| <i>Verzicht auf Zulassung als neuer Medizinalberuf: Chiropraktiker</i>  | 1 Kt.            | 1  | 0  | 0  | 0   | 0   |
| <i>Verzicht auf Zulassung als neuer Medizinalberuf: Psychologe</i>  | 13 Kt.; LPS      | 14 | 10 | 10 | 140 | 140 |
| <i>Verzicht auf Zulassung als neuer Medizinalberuf: Osteopathie</i>   | 12 Kt.; CVP, FDP | 16 | 10 | 10 | 160 | 160 |
| <i>Verzicht auf Zulassung weiterer, neuer Medizinalberufe durch Bundesrat</i>   | 2 Kt.            | 2  | 0  | 0  | 0   | 0   |
| <i>Eidgenössisches Diplom genügend zur Praxiszulassung</i>  | 2 Kt.            | 2  | 0  | 0  | 0   | 0   |
| <i>Weiterbildungsdauer berufsunterschiedlich regeln, aber mindestens 2 Jahre und maximal so lange wie Fachtitelausbildung</i> | 5 Kt.; CVP; SAV  | 9  | 3  | 3  | 27  | 27  |





|   |            |     |    |    |            |            |
|---|------------|-----|----|----|------------|------------|
| <i>Auch Universitäten als Weiterbildungsträger vorsehen (mit Verantwortung)</i>   | 6 Kt.      | 6   | 8  | 8  | 48         | 48         |
| <i>Mitspracherecht der Kantone bei Vereinbarungen zur Weiterbildung einführen</i> | 3 Kt.      | 3   | 0  | 0  | 0          | 0          |
| <i>Mitfinanzierung durch Bund und Kantone</i>                                     | 1 Kt.; FDP | 3   | 10 | 10 | 30         | 30         |
| <i>Unterscheidung der Kosten (ohne/mit Beteiligung)</i>                           | SP         | 2   | 0  | 0  | 0          | 0          |
| <i>Fortbildungsregelung bedarf Verfassungsgrundlage</i>                           | 1 Kt.      | 1   | 0  | 0  | 0          | 0          |
| <i>Fortbildungsregelung: Nur moralisch, nicht rechtlich ausgestalten.</i>         | LPS        | 1   | 0  | 0  | 0          | 0          |
| <i>Einbezug der Universitäten bei Fortbildungszielen</i>                          | 3 Kt.      | 3   | 0  | 0  | 0          | 0          |
|   |            | 193 |    |    | 1148       | 1177       |
| <i>GxB/G</i>  |            |     |    |    | <b>5,9</b> | <b>6,1</b> |

#### 4.5 Registerharmonisierungsgesetz (RHG)

Die Frage der administrativen Nutzung des eidgenössischen Personenidentifikators (EPID) wurde im Sinne der Stellungnahmen angepasst, ebenso wurde auf die Schaffung von Registersektoren verzichtet. Hingegen ging der Bundesrat auf den Wunsch nach stärkerer Bundesbeteiligung an den Kosten nicht ein. Die Vorlage des Bundesrates wurde im Laufe der parlamentarischen Beratungen nicht nennenswert abgeändert.



Tabelle 7

| Stellungnahme in der Vernehmlassung                               | Absender                   | Gewichtung (G) | Berücksichtigung (B) |    | GxB |     |
|---|----------------------------|----------------|----------------------|----|-----|-----|
|   |                            |                | BR                   | BV | BR  | BV  |
| Zugehörigkeit zu Religionsgemeinschaft in Art. 6 aufnehmen        | 8 Kt.; CSP, CVP            | 11             | 10                   | 10 | 110 | 110 |
| Zugehörigkeit zu Religionsgemeinschaft nicht in Art. 6 aufnehmen  | 1 Kt.                      | 1              | 0                    | 0  | 0   | 0   |
| Information der Bürger über Berichtigungsrecht                    | 5 Kt.; CSP                 | 6              | 0                    | 0  | 0   | 0   |
| Persönliche Meldepflicht nicht ins Gesetz (keine Bundeskompetenz) | 4 Kt.                      | 4              | 0                    | 0  | 0   | 0   |
| Verzicht auf subsidiäre Meldepflicht der Arbeitgeber              | 1 Kt.; SGeV                | 3              | 1                    | 1  | 3   | 3   |
| Verzicht Haushalt- und Wohnungsindikator (zu aufwändig)           | FDP                        | 2              | 4                    | 4  | 8   | 8   |
| Eidgenössischen Personenidentifikator (EPID) nicht einführen      | 6 Kt.; FDP; SGeV           | 8              | 0                    | 0  | 0   | 0   |
| EPID: Auch administrativ nutzbar machen                           | 13 Kt.; SGeV               | 15             | 10                   | 10 | 150 | 150 |
| EPID: Ausschliesslich statistisch nutzbar machen                  | 7 Kt.                      | 7              | 0                    | 0  | 0   | 0   |
| Höhere Bundesbeteiligung an Kosten                                | 16 Kt.                     | 16             | 0                    | 0  | 0   | 0   |
| Verzicht auf RHG (unnötig)  | SVP                        | 2              | 0                    | 0  | 0   | 0   |
| keine Aufteilung der Schweiz in sechs Sektoren                    | 17 Kt.; EDU, SP, SVP; SGeV | 24             | 10                   | 10 | 240 | 240 |



|  |                |   |    |    |    |    |
|--|----------------|---|----|----|----|----|
| <i>Klare Beachtung des Persönlichkeits-schutzes und der individuellen Freiheit</i> | <i>SVP, SP</i> | 4 | 10 | 10 | 40 | 40 |
| <i>Aufnahmen in Art. 6: Arbeitsort, Ausbildungsort</i>                             | 1 Kt.          | 1 | 0  | 0  | 0  | 0  |
| <i>Aufnahmen in Art. 6: Heimatorte</i>   | 2 Kt.          | 2 | 10 | 10 | 20 | 20 |
| <i>Aufnahmen in Art. 6: Geburtsort</i>   | 1 Kt.          | 1 | 10 | 10 | 10 | 10 |
| <i>Aufnahmen in Art. 6: Staatsangehörigkeit bei Geburt</i>                         | 1 Kt.          | 1 | 0  | 0  | 0  | 0  |
| <i>Aus Art. 6 entfernen: Haushalt</i>  | 3 Kt.          | 3 | 0  | 0  | 0  | 0  |
| <i>Aus Art. 6 entfernen: eidg. Gebäude-identifikator</i>                           | 1 Kt.          | 1 | 0  | 0  | 0  | 0  |
| <i>Nachteilsverbot durch die Auskunftspflicht entfernen</i>                        | 6 Kt.; SGeV    | 8 | 10 | 10 | 80 | 80 |

|  |     |  |     |     |
|--|-----|--|-----|-----|
|  | 120 |  | 661 | 661 |
|--|-----|--|-----|-----|

|              |  |     |     |
|--------------|--|-----|-----|
| <i>GxB/G</i> |  | 5,5 | 5,5 |
|--------------|--|-----|-----|

#### 4.6 Seilbahngesetz (SebG)

Umstritten war v.a. die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen im Bereich der Schleplifte und der Kleinluftseilbahnen. In Berücksichtigung von Stellungnahmen wurden diese vom Bundesrat aus dem Geltungsbereich des Gesetzes ausgenommen. Das Parlament stimmte dem zu.



Tabelle 8

| Stellungnahme in der Vernehmlassung                            | Absender              | Gewichtung (G) | Berücksichtigung (B) |    | GxB |     |
|--|-----------------------|----------------|----------------------|----|-----|-----|
|  |                       |                | BR                   | BV | BR  | BV  |
| <i>Förderung der Seilbahnbranche ins Gesetz</i>                | 4 Kt.; SGV            | 6              | 0                    | 0  | 0   | 0   |
| <i>Schlepplifte nicht ins Gesetz</i>                           | 12 Kt.; CVP, EDU; SGV | 17             | 10                   | 10 | 170 | 170 |
| <i>Kleinluftseilbahnen nicht ins Gesetz</i>                    | 5 Kt.; SGeV           | 7              | 10                   | 10 | 70  | 70  |
| <i>Nebenanlagen regeln</i>                                     | 7 Kt.                 | 7              | 0                    | 0  | 0   | 0   |
| <i>Verzicht auf finanzielle Absicherung der Rückbaupflicht</i> | 1 Kt.; EDU            | 2              | 10                   | 10 | 20  | 20  |
|  |                       | 39             |                      |    | 260 | 260 |
| GxB/G  |                       |                |                      |    | 6,7 | 6,7 |

#### 4.7 Bundesgesetz über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen

Der Entwurf der parlamentarischen Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N) berücksichtigte die Stellungnahmen ständiger Vernehmlassungsadressaten bedingt. Im Laufe der Beratungen in den Ratsplena ergab sich indessen keine Veränderung.

Tabelle 9

| Stellungnahme in der Vernehmlassung                 | Absender      | Gewichtung (G) | Berücksichtigung (B) |    | GxB  |    |
|---|---------------|----------------|----------------------|----|------|----|
|   |               |                | Komm                 | BV | Komm | BV |
| <i>Verzicht auf Verwaltungskostenbeiträge</i>       | CSP, SVP; SGB | 5              | 0                    | 0  | 0    | 0  |
| <i>Verwaltungskostenbeiträge alleine durch Bund</i> | 6 Kt.; SP     | 8              | 0                    | 0  | 0    | 0  |

|   |                             |    |   |   |            |            |
|---|-----------------------------|----|---|---|------------|------------|
| <i>Je eine eigene Organisation pro Region schaffen</i>                        | <i>3 Kt.; CVP</i>           | 5  | 5 | 5 | 25         | 25         |
| <i>Frauen nicht explizit im Gesetz nennen</i>                                 | <i>6 Kt.; SVP; SGB</i>      | 10 | 0 | 0 | 0          | 0          |
| <i>Verzicht auf Verknüpfung Finanzhilfen Bund und Kantone</i>                 | <i>11 Kt.</i>               | 11 | 0 | 0 | 0          | 0          |
| <i>Trägerschaft nicht bankunabhängig ausgestalten</i>                         | <i>8 Kt.; CVP, SVP; SGB</i> | 14 | 0 | 0 | 0          | 0          |
| <i>Verlustbeteiligung des Bundes höher</i>                                    | <i>4 Kt.; SGeV</i>          | 6  | 0 | 0 | 0          | 0          |
| <i>Verlustbeteiligung des Bundes tiefer</i>                                   | <i>1 Kt.; SGB</i>           | 3  | 0 | 0 | 0          | 0          |
| <i>Verzicht auf Gewährung nachrangiger Darlehen (auch nicht als Ausnahme)</i> | <i>5 Kt.; CVP, SVP; SGB</i> | 11 | 0 | 0 | 0          | 0          |
|   |                             | 73 |   |   | 25         | 25         |
| <i>GxB/G</i>  |                             |    |   |   | <b>0,3</b> | <b>0,3</b> |

#### 4.8 Bundesgesetz über Regionalpolitik

Dem Anliegen nach verstärkter Berücksichtigung nachhaltiger Entwicklung wurde bedingt Rechnung getragen. Weitere Anliegen wurden indessen berücksichtigt. In den eidgenössischen Räten ergaben sich kaum nennenswerte Abweichungen zur Botschaft des Bundesrates.

Anmerkung: Mangels detaillierter Auswertung beziehen sich die folgenden Angaben auf alle im Rahmen der Vernehmlassungen eingereichten Stellungnahmen.



Tabelle 10

| Stellungnahme in der Vernehmlassung  | Absender              | Gewichtung (G) | Berücksichtigung (B) |    | GxB        |            |
|--|-----------------------|----------------|----------------------|----|------------|------------|
|  |                       |                | BR                   | BV | BR         | BV         |
| <i>Verzicht auf Gesetz, NFA ist ausreichend</i>                            | 2 Kt.                 | 2              | 0                    | 0  | 0          | 0          |
| <i>Stärkere Berücksichtigung nachhaltiger Entwicklung</i>                  | «Hälfte»              | 25             | 4                    | 4  | 100        | 100        |
| <i>Verzicht auf Aufnahme Agglomerationen in räumlichen Geltungsbereich</i> | 13 Kt.; SVP, CSP; SGB | 18             | 10                   | 10 | 180        | 180        |
| <i>Europäische Zusammenarbeit nicht in diesem BG regeln</i>                | «Mehrheit»            | 30             | 5                    | 5  | 150        | 150        |
| <i>Mehrjahresprogramm statt Stiftung</i>                                   | «Mehrheit»            | 30             | 10                   | 10 | 300        | 300        |
| <i>Genügende Finanzierung</i>  | «grösserer Teil»      | 15             | 3                    | 3  | 45         | 45         |
| <i>Beibehaltung Basisinfrastrukturen</i>                                   | «verschiedene»        | 8              | 8                    | 8  | 64         | 64         |
| <i>Beibehaltung Steuererleichterungen</i>                                  | „verschiedene“        | 8              | 9                    | 8  | 72         | 64         |
| <i>BG verständlicher ausformulieren</i>                                    | «etliche»             | 15             | 8                    | 8  | 120        | 120        |
| <i>Totale Neuauflage des Gesetzes</i>                                      | «Minderheit»          | 5              | 9                    | 9  | 45         | 45         |
|  |                       | 156            |                      |    | 1076       | 1068       |
| GxB/G  |                       |                |                      |    | <b>6,9</b> | <b>6,8</b> |

#### 4.9 Biersteuergesetz (BStG)

Drei Anliegen derselben Stossrichtung wurden vorgebracht: Das BStG solle ein reines Steuergesetz darstellen, die Biersteuersätze sollen grundsätzlich reduziert und bei einer allfälligen Mehrwertsteuererhöhung zusätzlich gesenkt werden. Die Botschaft war so ausgestaltet, dass ausschliesslich steuerliche Anliegen Relevanz aufwiesen. Die Biersteuersätze wurden allerdings

nicht gesenkt. Das Parlament ergänzte den Grundsatzartikel des BStG um einen Jugend- und Gesundheitsschutzartikel und wich damit von einem reinen Steuergesetz ab.

Tabelle 11

| Stellungnahme in der Vernehmlassung                      | Absender     | Gewichtung (G) | Berücksichtigung (B) |    | GxB        |            |
|--|--------------|----------------|----------------------|----|------------|------------|
|  |              |                | BR                   | BV | BR         | BV         |
| <i>Ausschliesslich Steueranliegen berücksichtigen</i>    | <i>Econ.</i> | 2              | 10                   | 7  | 20         | 14         |
| <i>Reduktion der Biersteuersätze</i>                     | <i>Econ.</i> | 2              | 0                    | 0  | 0          | 0          |
| <i>Senkung der Biersteuer bei Mehrwertsteuererhöhung</i> | <i>Econ.</i> | 2              | 0                    | 0  | 0          | 0          |
|  |              | 6              |                      |    | 20         | 14         |
| <i>GxB/G</i>   |              |                |                      |    | <b>3,3</b> | <b>2,3</b> |

#### 4.10 Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG)

Folgende Anregungen wurden in einer Vielzahl von Stellungnahmen gemacht: Das System der Früherkennung und Begleitung solle sofort, landesweit und bei der IV angegliedert eingeführt werden. Zudem sei die Mindestbeitragsdauer zu belassen und der Karrierezuschlag nach Alter gestaffelt einzuführen. Dem ersten Anliegen wurde in der Botschaft entsprochen. Die Mindestbeitragsdauer jedoch wurde erhöht und der Verzicht auf den Karrierezuschlag nicht nach Alter gestaffelt eingeführt. Das Parlament änderte die Botschaft in anderen, wesentlichen Punkten im Sinne der Vernehmlassung ab. So sah es z.B. von einer Kürzung des Bundesbeitrages an die IV ab.

##### *Anmerkung:*

Aus dem Ergebnisbericht zur Vernehmlassungsvorlage sind die Absender der einzelnen Stellungnahmen nur in einigen wenigen Fällen aufgelistet worden. In den übrigen Fällen kann nur nach Parteien («P») und Verbänden («V») unterschieden werden. Parteien erhielten deshalb hier 1,5 (statt 1 oder 2) Punkte.

Tabelle 12

| Stellungnahme in der Vernehmlassung   | Absender                          | Gewichtung (G) | Berücksichtigung (B) |    | GxB |     |
|---|-----------------------------------|----------------|----------------------|----|-----|-----|
|   |                                   |                | BR                   | BV | BR  | BV  |
| <i>Stärkere Revision: Invaliditätsbegriff enger fassen</i>  | <i>FDP, SVP; Econ., SAV, SGeV</i> | 10             | 6                    | 6  | 60  | 60  |
| <i>System zur Früherkennung und Begleitung: sofort, landesweit, bei IV angliedern (keine neuen Anlaufstellen)</i>                             | <i>21 Kt.; 5 P; 5 V</i>           | 38,5           | 10                   | 10 | 385 | 385 |
| <i>Leistungsanspruch: Beginn differenzierter regeln</i>   | <i>6 Kt.; 1 P; 3 V</i>            | 13,5           | 0                    | 0  | 0   | 0   |
| <i>Jetzige Mindestbeitragsdauer beibehalten</i>   | <i>6 Kt.; 4 P; 4 V</i>            | 20             | 0                    | 0  | 0   | 0   |
| <i>Mindestbeitragsdauer auf fünf Jahre erhöhen</i>  | <i>3 P; 3 V</i>                   | 8,5            | 0                    | 0  | 0   | 0   |
| <i>Angleichung an Arbeitslosenversicherung: Keine Abstufung (80/70), keine Aufhebung der Mindestgarantie für Personen mit wenig Einkommen</i> | <i>8 Kt.; 4 P; 3 V</i>            | 20             | 6                    | 6  | 120 | 120 |
| <i>Anreizmechanismen zur Vermeidung von Einkommenseinbussen nicht einführen</i>   | <i>18 Kt.; 1 P; 1 V</i>           | 21,5           | 0                    | 0  | 0   | 0   |
| <i>Anderes System als das vorgeschlagene zur Vermeidung von Einkommenseinbussen</i>   | <i>8 Kt.; 1 P; 4 V</i>            | 17,5           | 10                   | 10 | 175 | 175 |
| <i>Verzicht auf Karrierezuschlag nicht einführen</i>  | <i>4 Kt.; 4 P; 4 V</i>            | 18             | 0                    | 0  | 0   | 0   |
| <i>Verzicht Karrierezuschlag nach Alter gestaffelte angepasst einführen</i>   | <i>15 Kt.; 4 P; 2 V</i>           | 25             | 0                    | 0  | 0   | 0   |
| <i>Verzicht auf Überführung der medizinischen Massnahmen in Krankenversicherung</i>   | <i>6 Kt.; 2 P; 2 V</i>            | 13             | 0                    | 0  | 0   | 0   |



|  |                    |    |   |    |     |     |
|--|--------------------|----|---|----|-----|-----|
| <i>Überführung der medizinischen Massnahmen nur für Volljährige (Minderjährige in IV)</i>                              | 4 Kt.; 2 P;<br>1 V | 9  | 0 | 10 | 0   | 90  |
| <i>Verzicht auf Aufhebung der laufenden Zusatzrenten</i>   | 5 Kt.; 2 P;<br>4 V | 16 | 0 | 0  | 0   | 0   |
| <i>Verzicht auf Erhöhung des IV-Beitragssatzes</i>   | 2 P; 5 V           | 13 | 0 | 10 | 0   | 130 |
| <i>Verzicht auf Kürzung des Bundesbeitrages</i>  | 3 Kt.; 4 P;<br>5 V | 19 | 3 | 10 | 57  | 190 |
| <i>Verzicht auf Ausweitung der Bundeszuständigkeiten (Regionalisierung der IV-Stellen) durch Praxis-harmonisierung</i> | 21 Kt.; 1 V        | 23 | 6 | 6  | 138 | 138 |
| <i>Anpassung der Renten im Ausland nicht abschaffen</i>  | CVP, SVP;<br>SGeV  | 6  | 0 | 0  | 0   | 0   |

|  |       |  |     |      |
|--|-------|--|-----|------|
|  | 291,5 |  | 935 | 1288 |
|--|-------|--|-----|------|

|       |  |     |     |
|-------|--|-----|-----|
| GxB/G |  | 3,2 | 4,4 |
|-------|--|-----|-----|

#### 4.11 Infrastrukturfondsgesetz (IFG)

Der grösste Teil der ständigen Vernehmlassungsadressaten verlangte die Integration des Dringlichkeitsfonds in den Infrastrukturfonds. Ausserdem müsse die Liste der dringlichen Projekte im Einvernehmen mit den Kantonen überarbeitet werden und die Berggebiete sollen stärker unterstützt werden. Die Botschaft des Bundesrates berücksichtigte die zwei ersten Anliegen. Darüber hinausgehend verankerte das Parlament eine klarere Formulierung zur Unterstützung der Berggebiete.

Tabelle 13

| Stellungnahme in der Vernehmlassung   | Absender  | Gewichtung (G) | Berücksichtigung (B) |    | GxB |     |
|---|---|----------------|----------------------|----|-----|-----|
|   |   |                | BR                   | BV | BR  | BV  |
| <i>Verzicht auf separaten Dringlichkeitsfond, einen einzigen Erlass verabschieden</i> | 16 Kt.; FDP, CVP, CSP; Econ., SBV, SGeV, SSV, SGV | 31             | 10                   | 10 | 310 | 310 |





|  |  |    |    |    |            |            |
|--|--|----|----|----|------------|------------|
| Liste dringlicher Projekte zu sehr zugunsten des öffentlichen Verkehrs (öV)/«unausgewogen» | SVP; SGeV                              | 4  | 0  | 0  | 0          | 0          |
| Liste dringlicher Projekte: Überarbeitung mit Einbezug der Kantone                         | 14 Kt.; FDP, CVP, CSP; Econ., SSV, SGV | 25 | 10 | 10 | 250        | 250        |
| Ablehnung Infrastrukturfonds   | Grüne                                  | 1  | 0  | 0  | 0          | 0          |
| Agglomerationen: Kleine stärker berücksichtigen  | 3 Kt.; FDP                             | 5  | 0  | 0  | 0          | 0          |
| Agglomerationen: Stärkere Unterstützung für öV und Langsamverkehr (LV)                     | SP, CSP, EVP                           | 4  | 7  | 8  | 28         | 32         |
| Agglomerationen: Nur öV und LV unterstützen  | Grüne                                  | 1  | 0  | 0  | 0          | 0          |
| Fertigstellung Nationalstrassen: Nicht über Infrastrukturfonds                             | 1 Kt.; Grüne                           | 2  | 0  | 0  | 0          | 0          |
| Netzfunktion von Nationalstrassen nicht Aufrechterhaltung                                  | SP, Grüne; SGB, KV                     | 7  | 3  | 3  | 21         | 21         |
| Berggebiete: Klarere Formulierung  | 1 Kt.; SP; SGV                         | 5  | 0  | 7  | 0          | 35         |
| Berggebiete: Mehr Unterstützung  | 5 Kt.                                  | 5  | 6  | 6  | 30         | 30         |
| ÖV-Finanzierung nicht vorsehen, da verfassungswidrig                                       | 2 Kt.; FDP, SVP; SGeV                  | 8  | 0  | 0  | 0          | 0          |
|  |  | 98 |    |    | 639        | 678        |
|  |  |    |    |    | <b>6,5</b> | <b>6,9</b> |

#### 4.12 PUBLICA-Gesetz

Auf eine Vernehmlassung wurde verzichtet und statt dessen gestützt auf Artikel 33 Absatz 2 Bundespersonalgesetz (BPG)<sup>6</sup> eine Anhörung bei der Kas senkommission und den Sozialpartnern durchgeführt. Deren Anliegen fanden in zentralen Punkten nicht in der Botschaft des Bundesrates, sondern erst im Laufe der parlamentarischen Beratungen Berücksichtigung.



Tabelle 14

| Stellungnahme in der Vernehmlassung   | Absender                | Gewichtung (G) | Berücksichtigung (B) |    | GxB      |            |
|---|-------------------------|----------------|----------------------|----|----------|------------|
|   |                         |                | BR                   | BV | BR       | BV         |
| <i>Paritätisches Organ bei Rentenvorsorgewerk</i>   | <i>Kassenkommission</i> | 1              | 0                    | 10 | 0        | 10         |
| <i>Verzicht auf generellen Leistungsabbau (höhere Beiträge, weniger Leistung, v.a. 45–54-Jährige)</i> | <i>Sozialpartner</i>    | 1              | 0                    | 5  | 0        | 5          |
| <i>Verzicht auf Erhöhung des Versicherungsbeginns von 22 auf 25 Jahre</i>                             | <i>Sozialpartner</i>    | 1              | 0                    | 10 | 0        | 10         |
| <i>Verzicht auf stärkere Kürzung bei freiwillig vorgezogenem Altersrücktritt</i>                      | <i>Sozialpartner</i>    | 1              | 0                    | 0  | 0        | 0          |
| <i>Paritätische Vorfinanzierung der Überbrückungsrente im Umlageverfahren</i>                         | <i>Sozialpartner</i>    | 1              | 0                    | 0  | 0        | 0          |
| <i>Mittragen der Umstellungskosten durch Bund</i>   | <i>Sozialpartner</i>    | 1              | 0                    | 0  | 0        | 0          |
| <i>Grosszügigere Übergangsregelung</i>  | <i>Sozialpartner</i>    | 1              | 0                    | 6  | 0        | 6          |
|   |                         | 7              |                      |    | 0        | 31         |
| <i>GxB/G</i>  |                         |                |                      |    | <b>0</b> | <b>4,4</b> |

#### 4.13 Opferhilfegesetz (OHG)

Umstritten waren hauptsächlich die Entschädigung, wenn eine Tat im Ausland begangen wird, die Pflicht zur Bereitstellung von Frauenhäusern oder die Abgeltung von Leistungen durch den Bund. In seiner Botschaft sah der Bundesrat keine entsprechenden Entschädigungen und keine weiteren Bundesleistungen vor. Ebenso verzichtete er auf die Pflicht zur Bereitstellung von Frauenhäusern. Im Laufe der parlamentarischen Beratungen ergaben sich dazu keine Änderungen.

Tabelle 15: Opferhilfegesetz (OHG)

| Stellungnahme in der Vernehmlassung                          | Absender                               | Gewichtung (G) | Berücksichtigung (B) |    | GxB |     |
|--|--|----------------|----------------------|----|-----|-----|
|  |  |                | BR                   | BV | BR  | BV  |
| Opferhilfe restriktiver regeln, keine Mehrkosten verursachen | 1 Kt.; SVP                             | 3              | 0                    | 0  | 0   | 0   |
| Beibehaltung jetziges OHG                                    | Grüne, SVP                             | 3              | 0                    | 0  | 0   | 0   |
| Maximalbetrag Genugtuung ca. 50'000.-                        | 6 Kt.; LPS                             | 7              | 5                    | 5  | 35  | 35  |
| Maximalbetrag Genugtuung ca. 107'000.-                       | 1 Kt.; CVP; SGB                        | 5              | 3                    | 3  | 15  | 15  |
| keine Entschädigung bei Tat im Ausland (Variante)            | 15 Kt.; CVP, SVP, LPS; SGeV            | 22             | 10                   | 10 | 220 | 220 |
| Entschädigung bei Tat im Ausland (Variante)                  | 9 Kt.; FDP, SP, EDU, Grüne, SGB, Econ. | 19             | 0                    | 0  | 0   | 0   |
| Verzicht auf Bereitstellung Frauenhäuser (Variante)          | 16 Kt.; CVP, FDP; Econ.                | 22             | 10                   | 10 | 220 | 220 |
| Bereitstellung Frauenhäuser (Variante)                       | 5 Kt.                                  | 5              | 0                    | 0  | 0   | 0   |
| Regelung Kostenverteilung unter den Kantonen                 | 9 Kt.                                  | 9              | 10                   | 10 | 90  | 90  |
| Fristbeginn weiterhin mit Strafantrag                        | 9 Kt.                                  | 8              | 9                    | 9  | 72  | 72  |
| Zuständigkeit weiterhin Tatortkanton                         | 7 Kt.                                  | 7              | 10                   | 10 | 70  | 70  |
| Kritik an der Entschädigung (Formulierung/Bemessung)         | 12 Kt.                                 | 12             | 9                    | 9  | 108 | 108 |
| keine Überführung OHG in Strafprozessordnung                 | 5 Kt.                                  | 5              | 10                   | 10 | 50  | 50  |
| Konkretisierung Leistungsangebot der Beratungsstellen        | 2 Kt.                                  | 2              | 2                    | 2  | 4   | 4   |



|   |                     |           |           |           |           |           |
|---|---------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| <i>Rahmen der Entschädigungsleistung klar kommunizieren</i> | <i>2 Kt.</i>        | <i>2</i>  | <i>0</i>  | <i>0</i>  | <i>0</i>  | <i>0</i>  |
| <i>Regelung der interkantonalen Zusammenarbeit</i>          | <i>2 Kt.</i>        | <i>2</i>  | <i>0</i>  | <i>0</i>  | <i>0</i>  | <i>0</i>  |
| <i>Neue Abteilungen des Bundeseinführen</i>                 | <i>15 Kt.; SGeV</i> | <i>17</i> | <i>0</i>  | <i>0</i>  | <i>0</i>  | <i>0</i>  |
| <i>Verzicht auf neue Abteilungen des Bundes</i>             | <i>SVP, FDP</i>     | <i>4</i>  | <i>10</i> | <i>10</i> | <i>40</i> | <i>40</i> |

|  |            |  |            |            |
|--|------------|--|------------|------------|
|  | <i>154</i> |  | <i>924</i> | <i>924</i> |
|--|------------|--|------------|------------|

|              |          |              |
|--------------|----------|--------------|
| <i>GxB/G</i> | <b>6</b> | <sup>6</sup> |
|--------------|----------|--------------|

#### 4.14 Stromversorgungsgesetz (StromVG)

In mehreren Stellungnahmen wurde verlangt, das StromVG als schlankes Rahmengesetz, subsidiär zu den Branchenrichtlinien auszugestalten. Gegen die zweite Etappe der Strommarktöffnung solle kein fakultatives Referendum möglich sein. Die Botschaft versuchte sich stärker auf die Regelung von Grundsätzen zu konzentrieren. Am fakultativen Referendum bei der Marktöffnung wurde jedoch festgehalten. Das Parlament folgte im zweiten Punkt dem Bundesrat, wich aber in einigen Bereichen von bereits berücksichtigten Stellungnahmen wieder ab.

Tabelle 16

| Stellungnahme in der Vernehmlassung                                | Absender  | Gewichtung (G) | Berücksichtigung (B) |          | GxB        |            |
|--|---|----------------|----------------------|----------|------------|------------|
|  |   |                | BR                   | BV       | BR         | BV         |
| <i>Schlankeres Rahmengesetz (subsidiär zu Branchenrichtlinien)</i> | <i>14 Kt.; CSP, EVP, Grüne, SP; Econ., SGeV</i> | <i>24</i>      | <i>8</i>             | <i>6</i> | <i>192</i> | <i>144</i> |
| <i>Sofortige Strommarktöffnung mit Wahlmodell</i>                  | <i>2 Kt.; FDP, SVP, LPS</i>                     | <i>7</i>       | <i>0</i>             | <i>0</i> | <i>0</i>   | <i>0</i>   |
| <i>Trennlinie für Marktöffnung tiefer als 100 MWh anlegen</i>      | <i>7 Kt.; LPS; Econ., SBaV</i>                  | <i>12</i>      | <i>3</i>             | <i>0</i> | <i>36</i>  | <i>0</i>   |







|  |  |           |           |          |           |           |
|--|--|-----------|-----------|----------|-----------|-----------|
| <i>3 statt 5 Jahre Übergangsfrist bei Marktöffnung</i>   | <i>2 Kt.</i>                                   | <i>2</i>  | <i>0</i>  | <i>0</i> | <i>0</i>  | <i>0</i>  |
| <i>Verzicht auf fakultatives Referendum für die zweite Etappe der Öffnung</i>                                  | <i>15 Kt.; CVP, SVP, FDP, LPS; Econ., SBaV</i> | <i>26</i> | <i>0</i>  | <i>0</i> | <i>0</i>  | <i>0</i>  |
| <i>Verzicht auf quantifizierbare Ziele für erneuerbare Energien</i>  | <i>1 Kt.; CVP, FDP, SVP, LPS; SBaV, Econ.</i>  | <i>12</i> | <i>6</i>  | <i>0</i> | <i>72</i> | <i>0</i>  |
| <i>Massnahmen für erneuerbare Energien erst bei Bedarf einführen</i>   | <i>1 Kt.</i>                                   | <i>1</i>  | <i>0</i>  | <i>0</i> | <i>0</i>  | <i>0</i>  |
| <i>Ziele für die Erzeugung und Nutzung von Elektrizität marktwirtschaftlicher/flexibler gestalten</i>          | <i>21 Kt.</i>                                  | <i>21</i> | <i>2</i>  | <i>0</i> | <i>42</i> | <i>0</i>  |
| <i>Verzicht auf Einführung eines Quotenmodells (Garantie bestimmten Marktanteils für erneuerbare Energien)</i> | <i>2 Kt.; FDP, SVP, LPS; Econ., SGeV</i>       | <i>11</i> | <i>0</i>  | <i>0</i> | <i>0</i>  | <i>0</i>  |
| <i>Öffentlich-rechtliche Netzgesellschaft in Besitz Bund/Kantone</i>   | <i>1 Kt.; CSP, EVP, SP; SGB</i>                | <i>7</i>  | <i>0</i>  | <i>8</i> | <i>0</i>  | <i>56</i> |
| <i>Getrennt beraten: Transit, Marktöffnung, erneuerbare Energien</i>   | <i>FDP, LPS</i>                                | <i>3</i>  | <i>0</i>  | <i>0</i> | <i>0</i>  | <i>0</i>  |
| <i>Teilmarktöffnung frühestens in 1 Jahr</i>   | <i>SP</i>                                      | <i>2</i>  | <i>0</i>  | <i>0</i> | <i>0</i>  | <i>0</i>  |
| <i>Trennlinie flexibler als 100 MWh für KMU</i>  | <i>Grüne, SP</i>                               | <i>3</i>  | <i>10</i> | <i>0</i> | <i>30</i> | <i>0</i>  |
| <i>Trennlinie zwischen kommerziellen und nicht-kommerziellen Endverbrauchern</i>                               | <i>CVP, SVP, EDU</i>                           | <i>5</i>  | <i>10</i> | <i>0</i> | <i>50</i> | <i>0</i>  |





|   |                                  |   |   |   |   |    |
|---|----------------------------------|---|---|---|---|----|
| <i>Sofortige Fördermassnahmen für erneuerbare Energien normieren</i>    | <i>Grüne, SP</i>                 | 3 | 0 | 7 | 0 | 21 |
| <i>Einspeiseregulung zugleich mit StromVG umsetzen</i>                  | <i>Grüne, SP; SGeV</i>           | 5 | 0 | 0 | 0 | 0  |
| <i>Einspeiseregulung nicht einführen</i>                                | <i>EDU, FDP, LPS, SVP; Econ.</i> | 8 | 0 | 0 | 0 | 0  |
| <i>Verzicht auf Trennlinie, sondern Öffnung für alle Endverbraucher</i> | <i>SGeV</i>                      | 2 | 0 | 0 | 0 | 0  |
| <i>Unabhängigkeit des Übertragungsnetzbetreibers vorsehen</i>           | <i>SBaV</i>                      | 2 | 0 | 7 | 0 | 14 |

|  |     |  |     |     |
|--|-----|--|-----|-----|
|  | 156 |  | 422 | 235 |
|--|-----|--|-----|-----|

|              |            |            |
|--------------|------------|------------|
| <i>GxB/G</i> | <b>2,7</b> | <b>1,5</b> |
|--------------|------------|------------|

*Thomas Sägesser, Dr. iur., Rechtsanwalt, Leiter Rechtsdienst der Schweizerischen Bundeskanzlei, Bern, E-Mail: [thomas.saegesser@bk.admin.ch](mailto:thomas.saegesser@bk.admin.ch)*

*Der vorliegende Beitrag entstand unter Mitwirkung von Herrn Roland Sarbach, BLaw. Er erhob im Rahmen eines wissenschaftlichen Praktikums im Rechtsdienst der Bundeskanzlei die vorliegenden Angaben und erstellte die Tabellen. Diese zeitaufwendige Arbeit erledigte er minutiös und mit grossem Engagement, wofür ihm der Autor herzlich dankt.*



#### Anmerkungen

- 1 Bundesgesetz vom 18. März 2005 über das Vernehmlassungsverfahren (Vernehmlassungsgesetz, VIg; SR 172.061).
- 2 Verordnung vom 17. August 2005 über das Vernehmlassungsverfahren (Vernehmlassungsverordnung, VIV; SR 172.061.1).
- 3 Anstelle einer Vernehmlassung fand beim Bundesgesetz über die Pensionskasse des Bundes und beim Bundesgesetz über die Biersteuer eine Anhörung statt. Die Erlasse werden im vorliegenden Fall gleichwohl mit eingerechnet.
- 4 Das Bundesgesetz über die Invalidenversicherung stellt als einziges der untersuchten Bundesgesetze einen Änderungserlass dar. Es wurde gleichwohl in die Untersuchung miteinbezogen, da ein Referendum ergriffen wurde.
- 5 Mangels entsprechender Angaben zu den Vernehmlassungsergebnissen konnte bei zwei Vorlagen (Bundesgesetz über die Regionalpolitik und Bundesgesetz über die Invalidenversicherung) nicht zwischen den Stellungnahmen der ständigen sowie jener der übrigen Adressaten unterschieden werden.
- 6 Bundespersonalgesetz vom 24. März 2000 (BPG, SR 172.220.1).

#### Literatur

- Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates über den Ausbau der Verwaltungskontrolle vom 12. Februar 1966, BBl 1966 I 213.
- Klöti, Ulrich, 1987, Das Vernehmlassungsverfahren – Konsultation oder Ritual?, in: Stimmen zur Staats- und Wirtschaftspolitik, Zürich, S. 1 ff.
- Parlamentarische Initiative, 2001, Parlamentsgesetz (PG), Bericht der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates vom 1. März 2001, BBl 2001 3467.
- Sägesser, Thomas, 2006, Stämpfli Handkommentar zum Vernehmlassungsgesetz, Bern.
- Stellungnahme des Bundesrates vom 27. April 1998 zum Bericht der Geschäftsprüfungskommission über den Vollzug von Bundespolitiken, BBl 1998 IV 3787.

#### Résumé

*La présente contribution rend compte d'un examen portant sur quatorze projets de lois fédérales visant à déterminer dans quelle mesure les avis émis au cours de la procédure de consultation sont suivis par le Conseil fédéral, les commissions parlementaires et l'Assemblée fédérale. Il ressort de cet examen que tous les projets ont subi des adaptations en raison des avis émis par les destinataires des procédures de consultation. La plupart de ces adaptations se retrouvent dans le message du Conseil fédéral, mais il y en a aussi qui n'interviennent que durant les délibérations parlementaires. Globalement, on constate que la possibilité d'influencer un projet en phase de consultation est considérable. La procédure de consultation ne permet certes pas toujours d'atteindre un compromis, mais quand elle n'y arrive pas, elle a tout de même le mérite d'exposer les intérêts divergents en présence.*